



Barthle-Brief

Nr. 31

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

18.3.2011

Thema der Woche:

Ausstieg mit Augenmaß **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan**

„Die Katastrophe in Japan hat geradezu apokalyptisches Ausmaß“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag. „Was immer wir tun können, tun wir“, betonte sie, auch angesichts des 150-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Die Bundeskanzlerin sicherte dem japanischen Volk und der japanischen Regierung nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe Deutschlands zu.

Die Folgen dieser Katastrophe seien noch überhaupt nicht absehbar. Der Alptraum habe noch kein Ende gefunden, sagte die Kanzlerin. Merkel bat die Deutschen, mit unmittelbarer Hilfe ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Damit unterstützte Merkel den Aufruf namhafter deutscher Hilfsorganisationen und des Bundespräsidenten. Bundespräsident Wulff hatte am Mittwoch dafür geworben: „Es ist eine Hilfe unter Freunden.“

Die Ereignisse in Japan seien ein Einschnitt für Europa und für Deutschland. „Wir können und dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen“, sagte Merkel. Die Risiken der Kernkraft müssten neu bewertet werden. Die Katastrophe in Japan zeige, dass das scheinbar Unmögliche doch möglich werden könne. „Das verändert die Lage“, sagte die Kanzlerin. Als Ausdruck „äußerster Vorsorge“ habe die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden der Bundesländer aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen und die sieben ältesten Kraftwerke in Deutschland vorübergehend abgeschaltet. „Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.“ Alle Kernkraftwerke werden überprüft, nach einem dreimonatigen Atom-Moratorium werde entschieden, stellte Merkel klar. Für die dreimonatige Betriebseinstellung sieht das Atomgesetz eine einschlägige Rechtsgrundlage vor.

Merkel will zudem in der Europäischen Union und auf der Ebene der G20-Staaten über einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke sprechen. „Ich unterstütze die Initiative von Günther Oettinger für einen EU-weiten Stresstest für Kernkraftwerke“, sagte die Kanzlerin. „Wir brauchen in der gesamten EU hohe Sicherheitsstandards.“

Die Regierung wolle so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen, sagte Merkel. Sie wandte sich dagegen, die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer europäischer Länder zu beziehen. „Das ist mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar. „Wir brauchen einen Ausstieg mit Augenmaß“, forderte die Kanzlerin. Wer erneuerbare Energien wolle, dürfe jetzt den zügigen Ausbau neuer Stromnetze nicht verweigern, betonte Merkel im Hinblick auf das zögerliche Verhalten von SPD und Grünen beim Thema Netzausbau.

Der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder erläuterte, dass bereits vor der japanischen Katastrophe die Regierungskoalition mit dem neuen Energiekonzept den Einstieg in die erneuerbaren Energien geschafft und die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erhöht habe. Er erinnerte daran, dass unter der rot-grünen Regierungsverantwortung auf diesem Gebiet Stillstand geherrscht habe. Rot-Grün habe sich den Ausstieg mit Verzicht auf Sicherheit erkaufte, kritisierte Kauder. In der jetzigen Denkpause werde alles noch einmal sorgfältig angeschaut. Dies bedeute aber auch, dass man jetzt am Beginn noch nicht klar sagen könne, was am Ende herauskommen soll. Das wäre nicht die gewünschte Überprüfung, sondern die Fortsetzung der Ideologie, die gerade nicht herauskommen solle, unterstrich Kauder. Das jetzt beschlossene Moratorium konkretisiere den Grundsatz „Sicherheit zuerst!“

Entschließungsantrag der Koalition

Unmittelbar nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan und der sich anschließenden Aussprache stimmte der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen einem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zu, in dem der Bundestag unter anderem folgendes feststellt: „Die Menschen in Japan sind Opfer einer bislang nicht dagewesenen Naturkatastrophe geworden. Bis zur Stunde sind die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis für Leib und Leben der japanischen Bevölkerung und die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur kaum zu ermessen. Wir trauern um die Opfer, und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen, die jetzt nicht nur den Verlust ihrer Angehörigen beklagen, sondern zugleich mit der gewaltigen Herausforderung konfrontiert sind, die notwendigen Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten vornehmen zu müssen. Als Partner und Freund Japans ist nun Deutschland in der solidarischen Pflicht, umfassende Unterstützung bei der Bewältigung der akuten Krisenfolgen und beim längerfristigen Wiederaufbau zu leisten.“

Der Deutsche Bundestag begrüßt in seiner Entschließung, dass „die Bundesregierung unmittelbar Soforthilfe bereitgestellt und weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt hat.“ Ausdrücklich wird den vielen zivilen Kräften aus Deutschland gedankt, die bereits im oder auf dem Weg zum Katastrophengebiet sind. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen internationalen Stellen zügig eine detaillierte Analyse der Vorgänge in den japanischen Kernkraftwerken vorzunehmen und eine umfassende Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Kernkraftwerke durchzuführen. Dazu soll eine unabhängige Expertenkommission beauftragt werden, eine neue Risikoanalyse aller deutschen Kernkraftwerke und kerntechnischen Anlagen unter Einbeziehung der vorliegenden Erkenntnisse über die Ereignisse in Japan – insbesondere auch mit Blick auf die Sicherheit der Kühlsysteme und der externen Infrastruktur – sowie anderer außergewöhnlicher Schadensszenarien vorzunehmen. Außerdem soll die Bundesregierung „unverzüglich internationale Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke auf hochrangiger Ebene bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und auf der Ebene der EU“ aufnehmen.

Rheintalbahn anwohnerfreundlich ausbauen

Gleich zu Beginn der Plenarsitzung an diesem Freitag befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Anwohnerfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn“. Hierin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes zwischen Mannheim und Basel im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern. So heißt es in dem Antrag: „Um die Akzeptanz für den ökologisch bedeutsamen Verkehrsträger Schiene nicht weiter zu gefährden, ist die Trassenführung so zu gestalten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Wo es trotzdem unumgänglich ist, muss dies möglichst umwelt- und anwohnerfreundlich geschehen.“ Ausdrücklich wird die hohe Transparenz des Planungsverfahrens unter öffentlicher Beteiligung gelobt. „Ein gutes Beispiel für die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die Planungen des Ausbaus ist die Arbeit des Projektbeirats Rheintalbahn. In ihm diskutieren Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und der Landesregierung, regionale Politiker und Mitglieder der Bürgerinitiativen.“ Diese Form der modernen Bürgerbeteiligung sei sehr zu begrüßen und unbedingt fortzusetzen. Die erarbeiteten Ergebnisse des Projektbeirats begrüßt der Deutsche Bundestag mit dem von den Koalitionsfraktionen angenommenen Antrag ausdrücklich. Des Weiteren fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf, die aktuellen Prognosewerte für 2025 zur Grundlage der anstehenden Planungen und Berechnungen zum Ausbau der Rheintalbahn-Strecke zu machen, in einem Modellprojekt weitere technische Innovationen für den Lärmschutz an der Rheintalbahn zu prüfen, die Umsetzung der Ergebnisse des Projektbeirates zu unterstützen, aufkommensneutrale lärmabhängige Trassenpreise obligatorisch zu machen und die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Planungen ab 2012 vorzulegen.

Zitat

„Wenn, wie in Japan, das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wurde, dann verändert das die Lage.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zu den Konsequenzen der Atomkatastrophe in Japan.)